

3. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 7. Juni 1955

309/J

A n f r a g e

der Abg. Dr. K r a u s, H a r t l e b, S t e n d e b a c h und
Genossen
an die Bundesregierung,
betreffend die Situation der österreichischen Mühlenwirtschaft.

-.-.-.-

Die unerfreuliche Entwicklung in der Mühlenindustrie ist bekannt und war schon mehrfach Gegenstand ernst zu nehmender Stellungnahmen in der Öffentlichkeit. Die Entwicklung war schon seit Jahren vorherzusehen, da man die Mühlenwirtschaft auf der Einkaufsseite einer strengen Preisbindung, hinsichtlich der Produktion einer genauen Typisierung unterwarf, während der Absatz völlig dem freien Markt überlassen wurde. Eine solche Regelung, die sozusagen weder Fleisch noch Fisch ist, mußte zu jener unerträglichen Situation führen, vor der die österreichische Mühlenindustrie heute steht.

In der klaren Erkenntnis dieser Entwicklung haben bereits am 2.6.1954 Abgeordnete der WdU einen Gesetzesantrag auf Neuordnung der Mühlenwirtschaft eingebracht. Er wurde bis heute nicht in Behandlung gezogen. Später hat das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau ebenfalls einen Entwurf zum selben Thema und nach ähnlichen Grundsätzen zur Diskussion gestellt. Bis zum heutigen Tage ist jedoch nichts geschehen, was auf eine baldige Ordnung dieser unerträglichen Lage hoffen läßt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesregierung die

A n f r a g e:

Was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, um die Mühlenwirtschaft, die durch ihre Politik an den Rand des Abgrundes gebracht wurde, wieder auf eine gesunde Grundlage zu stellen?

-.-.-.-